

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Sylvia Bruns, Susanne Victoria Schütz und Björn Försterling (FDP)

Hebammenversorgung in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Susanne Victoria Schütz und Björn Försterling (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 20.03.2019

„Hebammen und Entbindungspfleger leisten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Versorgung während der Schwangerschaft, der Geburt und des Wochenbetts. Sie stehen werdenden Müttern, deren Lebenspartnern und deren Familien rund um das Thema Geburt kompetent und umfassend zur Seite“, so die ehemalige niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt (<http://www.ms.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/hebammenversorgung-154020.html>). In Niedersachsen herrscht aktuell jedoch ein Hebammenmangel: So hat sich die Anzahl der Kliniken mit Geburtshilfestationen laut WAZ-online in den vergangenen Jahren deutlich verringert (<http://www.waz-online.de/Gifhorn/Gifhorn-Stadt/Massnahmen-gegen-den-Hebammenmangel-in-Niedersachsen>).

Angesichts zunehmender Zwangsschließungen von Stationen forderten die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft und der Hebammenverband Niedersachsen im Dezember letzten Jahres eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie größere Anstrengungen bei der Ausbildung (<https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/article216031735/Hebammenmangel-in-Niedersachsen-spitzt-sich-zu.html>). Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Landesgesundheitsamtes legt offen, dass die Anzahl in Kliniken arbeitender Hebammen in den vergangenen Jahren trotz steigender Geburtenzahl konstant geblieben ist, während die Anzahl freiberuflicher Hebammen rückläufig ist (<http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Hannover-Land-setzt-Runden-Tisch-zur-Hebammenausbildung-aus>).

Um dem Mangel an Hebammen entgegenzuwirken, wurde unter Federführung des Gesundheitsministeriums der Runde Tisch „Hebammenversorgung in Niedersachsen“ eingerichtet, der seit Oktober 2018 tagt. Die Landesregierung hat den Runden Tisch derzeit ausgesetzt. „Verband entsetzt: Das Aussitzen hat fatale Folgen“ berichtete dazu die *Neue Presse* am 09.03.2019. Weiter wurde ausgeführt, dass die Vorsitzende des Hebammenverbands „befürchtet, dass die Gelder, die für den Aufbau neuer Hebammenstudiengänge nötig sind, nicht rechtzeitig in die Haushaltsberatungen einfließen können“ (vgl. *Neue Presse* vom 09.03.2019).

1. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die Gelder für den Aufbau der geplanten Hebammenstudiengänge rechtzeitig in die Haushaltsberatungen einfließen?
2. Wann konkret soll die nächste Sitzung des Runden Tisches „Hebammenversorgung in Niedersachsen“ stattfinden?
3. Wie viele Studienplätze sollen an wie vielen und an welchen Hochschulen geschaffen werden?